



## Niederschrift

### 58. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 12.10.2011
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:15 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	R. 280 a, Stadthaus

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE
Herr Mike Schubert	SPD
Herr Claus Wartenberg	SPD
Herr Dr. Hagen Wegewitz	SPD
Herr Michael Schröder	CDU/ANW
Herr Peter Schüler	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Martina Engel-Fürstberger	FDP
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten

##### stellv. Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer	SPD
Herr Horst Heinzel	CDU/ANW
Herr Wolfhard Kirsch	BürgerBündnis

#### Nicht anwesend sind:

##### Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs	Oberbürgermeister	entschuldigt
------------------	-------------------	--------------

##### Ausschussmitglieder

Frau Hannelore Knoblich	SPD	entschuldigt
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW	entschuldigt
Frau Anja Heigl	Die Andere	unentschuldigt
Frau Ute Bankwitz	BürgerBündnis	entschuldigt

#### Gäste:

Frau Krusemark, für den GB Zentrale Steuerung und Service	Herr Erdmann, Rechnungsprüfungsamt Vertreter des alternativen Wohnprojektes
Frau Dr. Seemann, für den GB Bildung, Kultur, Sport	
Frau Müller-Preinesberger, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und, Umweltschutz	Herr Kümmel, Büro Oberbürgermeister
Herr Klipp, GB Stadtentwicklung und Bauen	Schrifführerin: Frau Ziegenbein

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung/  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
21. September 2011
- 3 Berichte aus den Aufsichtsräten an die SVV  
Vorlage: 11/SVV/0699  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4 Gerechte Bezahlung im Klinikum "Ernst von Bergmann"  
Vorlage: 10/SVV/1079  
(Gruppe) Die Andere  
Rücküberweisung mit Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 28.09.2011
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 WagenHausBurg Hermannswerder - Stand der Verhandlungen  
Vorlage: 11/SVV/0744  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 5.2 Abrechnung der Fördermittel für das Projekt Walhalla
- 5.3 Sachstandsbericht bezüglich der russisch-orthodoxen Kirche
- 6 Sonstiges

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 **Eröffnung der Sitzung**

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Schröder eröffnet die Sitzung und informiert, dass der Oberbürgermeister auf Grund anderer terminlicher Verpflichtungen nicht an der Sitzung des Hauptausschusses teilnehmen kann. Gemäß § 56 BbgKVerf nimmt Frau Müller-Preinesberger das Stimmrecht für den Oberbürgermeister war.

#### zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung**

## **vom 21. September 2011**

Herr Schröder stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung des öffentlichen Teils schlägt er namens der Antragstellerin vor, den Tagesordnungspunkt 3, 11/SVV/0699, Berichte aus den Aufsichtsräten an die SVV, noch einmal **zurückzustellen** und in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses aufzurufen. Für den Tagesordnungspunkt 5.2, Abrechnung der Fördermittel für das Projekt Walhalla, liegt ein Antrag auf Rederecht für den Geschäftsführer Herrn Gügold vor. Da dieser noch nicht anwesend ist, verweist Herr Schröder darauf, dass die Behandlung im öffentlichen Teil von den Ausführungen Herrn Gügolds abhängen.

Im Weiteren bittet Herr Dr. Scharfenberg im nicht öffentlichen Teil der Sitzung um eine Stellungnahme zu den Grundstücksverkäufen in Golm. Auf seine Nachfrage, wann die Anträge zum Brauhausberg behandelt werden, entgegnet Herr Schröder, dass dies in der Sitzung des Hauptausschusses am 26. Oktober erfolge.

Gegen die so geänderte Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 56. Sitzung des Hauptausschusses vom 21. September 2011 bittet Herr Dr. Scharfenberg um eine Korrektur in der Anwesenheit bei Herrn Heuer, der zwar mit dem Mandat „DIE LINKE“ gewählt, aber nun der Fraktion SPD angehöre. Weitere Einwände gegen die Niederschrift werden nicht erhoben.

### **zu 3      Berichte aus den Aufsichtsräten an die SVV**

**Vorlage: 11/SVV/0699**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**zurückgestellt**

### **zu 4      Gerechte Bezahlung im Klinikum "Ernst von Bergmann"**

**Vorlage: 10/SVV/1079**

(Gruppe) Die Andere

Rücküberweisung mit Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 28.09.2011

Herr Dr. Scharfenberg verweist in seinen Ausführungen auf den vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, der aus der Rücksprache mit Vertretern von ver.di entstanden sei. Der in der Hauptausschusssitzung vom 21.09.2011 modifizierte Beschlusstext sei etwas missverständlich formuliert, so dass es der inhaltlichen Klarheit wegen gut wäre, diesen Vorschlag mit folgendem Wortlaut anzunehmen:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Gespräche mit den Tarifvertragsparteien des Klinikums "Ernst von Bergmann" und seinen Tochtergesellschaften zu führen, mit dem Ziel, einen Tarifvertrag für den "Gesamtkonzern" zu befördern, der geeignet ist, alle Beschäftigten, unter Beachtung der detailliert und transparent darzustellenden finanziellen Möglichkeiten schrittweise an das Tarifniveau des VKA heranzuführen.*

*Der Oberbürgermeister und die Vertreter/innen in den Gremien und Organen der Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH werden beauftragt, darauf hinzuwirken, dass das Klinikum gemeinsame Tarifverhandlungen mit kommunalen Kliniken in Brandenburg zur Erzielung eines Tarifvertrages für Pflege und Verwaltung führen soll.*

*Dem Hauptausschuss ist darüber im Juni 2012 zu berichten.*

Herr Heuer entgegnet, dass in der Hauptausschusssitzung eine ausführliche Diskussion mit den unterschiedlichen Tarifparteien stattgefunden habe, die sich in einem entsprechenden Formulierungsvorschlag wiedergefunden hätte. Der sei sprachlich vielleicht nicht ganz ausgewogen, spiegele aber den Willen wider, keine tarifliche Entwicklung „nach unten“ zuzulassen.

Deshalb schlage er nun seinerseits eine Formulierung vor, die das noch einmal deutlich mache und folgenden Wortlaut habe:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Gespräche mit den Tarifvertragsparteien des Klinikums "Ernst von Bergmann" einschließlich der Tochtergesellschaften mit dem Ziel zu führen, in einem ersten Schritt den Abschluss eines Tarifvertrages für den "Gesamtkonzern" zu befördern.*

*Darüber hinaus soll das Tarifniveau schrittweise an das Tarifniveau des VKA herangeführt werden.*

*Dazu sollen*

- 1. gemeinsame Tarifverhandlungen mit kommunalen Kliniken in Westbrandenburg angestrebt,*
- 2. weiterführend die Tarifverhandlungen auf die kommunalen Kliniken in Brandenburg ausgedehnt und*
- 3. Initiativen zur bundesweiten Angleichung der so genannten Basisfallwerte befördert werden.*

*Dem Hauptausschuss ist darüber im Juni 2012 zu berichten.*

Ziel sei es, so Herr Heuer, durch die Erreichung eines einheitlichen Tarifniveaus Ungleichbehandlungen der Beschäftigtengruppen im Hinblick auf ihre tarifliche Stellung zu minimieren und sowohl innerbetrieblich als auch regional und überregional eine gleichmäßige gerechte tarifliche Entlohnung der Beschäftigten im Bereich kommunaler Kliniken zu erreichen.

Herr Dr. Scharfenberg spricht sich für diese Zielstellung aus – anschließend wird der Wortlaut des Änderungsantrages der Fraktion SPD zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Gespräche mit den Tarifvertragsparteien des Klinikums "Ernst von Bergmann" einschließlich der Tochtergesellschaften mit dem Ziel zu führen, in einem ersten Schritt den Abschluss eines Tarifvertrages für den "Gesamtkonzern" zu befördern.

Darüber hinaus soll das Tarifniveau schrittweise an das Tarifniveau des VKA herangeführt werden.

Dazu sollen

1. gemeinsame Tarifverhandlungen mit kommunalen Kliniken in Westbrandenburg angestrebt,
2. weiterführend die Tarifverhandlungen auf die kommunalen Kliniken in Brandenburg ausgedehnt und
3. Initiativen zur bundesweiten Angleichung der so genannten Basisfallwert befördert werden.

Dem Hauptausschuss ist darüber im Juni 2012 zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 14  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 1

**zu 5 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 5.1 WagenHausBurg Hermannswerder - Stand der Verhandlungen**

**Vorlage: 11/SVV/0744**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Herr Klipp bringt die vorliegende Mitteilungsvorlage ein. Er verweist dabei insbesondere auf die dargestellte inhaltliche Prüfung und Bewertung des Konzeptes der WagenHausBurg sowie die zu betrachtenden Gesichtspunkte bezüglich der durch die Bewohner erwarteten Vertragsgestaltung über ein Erbbaurecht.

Auf die Nachfrage von Herrn Schüler, ob das erwähnte Konzept den Stadtverordneten zur Verfügung gestellt werden könne, verweist Herr Klipp darauf, dass dies allen Fraktionen zugegangen sei.

Die Frage von Herrn Kirsch zur Höhe der Miete und des Pachtzinses kann nicht beantwortet werden und wird nachgereicht.

In der sich anschließenden Diskussion fragt Frau Engel-Fürstberger nach den Gründen für das geforderte Zurücksetzen der Wagen und Frau Dr. Müller, ob es vorstellbar sei, dass im Zuge der Überarbeitung des Konzeptes doch noch ein Weg zum Erbbaurecht gefunden werden könne.

Herr Klipp entgegnet, dass dem grundsätzlich die in der Mitteilungsvorlage genannten rechtlichen Probleme entgegenstehen, dass, entgegen der jetzigen Miete ein Mehrfaches an Erbbauzins zu zahlen wäre und die Förderungsfähigkeit für dieses Projekt nicht gegeben sei. Das Zurücksetzen der WagenHausBurg begründe sich damit, dass diese jetzt im Außenbereich stehe.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass Klarheit darüber zu schaffen sei, ob die WagenHausBurg an dem jetzigen Standort verbleiben könne. Auf den Hinweis von Herrn Klipp, dass seitens der Landeshauptstadt maximal ein fünfjähriger Pachtvertrag angeboten werde und in dieser Zeit nach einem Ausweichstandort zu suchen sei, meint er, dass darüber zu diskutieren sei, ob der jetzige Standort nicht doch der endgültige sein könne.

Im weiteren Verlauf werden die Argumente zur Notwendigkeit von Investitionen, zur Länge des Pachtvertrages und zur Grundstücksverwertung ausgetauscht.

Herr Klipp fordert die Bewohner der WagenHausBurg auf, das Angebot anzunehmen, um dann gemeinsam mit der Stadt „zu gucken was gehe“. Die 5 Jahre Pacht seien im Angebot und nun das Bekenntnis der Bewohner gefragt. Nachdem die Vertreter der WagenHausBurg im Rahmen des gewährten

Rederechts ihre Vorstellungen dargelegt haben, schlägt Herr Dr. Scharfenberg vor, die Verwaltung aufzufordern, eine langfristige Lösung an diesem Standort zu ermöglichen, wobei mit langfristig mehr als 5 Jahre gemeint sei. Herr Schubert spricht sich gegen eine Beschlussfassung aus, aber für ein klares Signal, dass die Mitteilungsvorlage nicht das sei, was mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung gewollt wurde. Frau Engel-Fürstberger betont, dass dies keine Frage von Sympathie sei, sondern eine Diskussion über Neuverschuldung und Grundstückswert. Sie finde es unseriös, ohne genaue Abwägung den Erhalt der WagenHausBurg an diesem Standort festzulegen. Herr Kirsch schließt sich dem an und spricht sich dafür aus, die alternative Wohnform zu erhalten – aber nicht auf einem Filetgrundstück der Stadt. Er halte die angebotenen fünf Jahre für zumutbar und dann sollte man sich neu orientieren. Frau Müller-Preinesberger verweist auf Fragen der Stadtentwicklung und Verwertungsabsichten der Stadt. Herr Schüler betont, dass das Unbehagen daraus resultiere, dass die Problemstellung schon länger bestehe und eine nachhaltige Lösung gesucht werden sollte. Nun sei entweder eine dauerhafte Lösung oder eine Interimslösung zu insbesondere finanziell zumutbaren Konditionen anzubieten.

## **zu 5.2 Abrechnung der Fördermittel für das Projekt Walhalla**

Eingangs wird Herrn Gügold das beantragte Rederecht gewährt, in dessen Rahmen er betont, dass insbesondere im Nachgang zu nicht korrekten Berichterstattungen in der Presse eine Klarstellung seinerseits im Rahmen einer Hauptausschusssitzung angestrebt worden sei. Mittlerweile habe es am 10. August dieses Jahres ein Gespräch mit der Stadtverwaltung, Herrn Graumann, gegeben und er habe die Auskunft, dass die Schlussrechnung mit einer Null ende. Damit sei er „zufrieden“, was aber nicht bedeute, dass er auf die einbehaltenen 10 % der Fördermittel verzichten werde.

Die Nachfrage von Herrn Schröder, ob nun alle Rechnungen vorliegen und die Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt erfolgen könne, wird bejaht. Auf die Nachfrage von Herrn Kirsch, ob sich damit alle Risiken für die Stadt erledigt hätten, verweist Herr Erdmann darauf, dass nun nach Erstellung des Verwendungsnachweises die Stadt gegenüber dem Land abrechnen müsse, um zu wissen, wo sie stehe. Er bestätigt auf Nachfrage von Frau B. Müller, dass der Prüfbericht im Rechnungsprüfungsausschuss vorgestellt werde.

## **zu 5.3 Sachstandsbericht bezüglich der russisch-orthodoxen Kirche**

Frau Krusemark führt dazu aus, dass es gegenüber der letzten Berichterstattung keinen neuen Sachstand gebe. Dies, so Herr Dr. Scharfenberg, habe er „befürchtet“, so dass er die dringende Bitte an die Verwaltung richte, die Gespräche weiterzuführen und nach einer Lösung zu suchen, um den „unhaltbaren“ Zustand zu beenden.

## **zu 6 Sonstiges**

Herr Dr. Scharfenberg bittet in die für die nächste Hauptausschusssitzung angekündigte Berichterstattung bezüglich der Immobilienverkäufe durch die Pro Potsdam die aktuelle Diskussion um die Verkäufe in der Speicherstadt einzubeziehen.

Seine Nachfrage, wann die avisierte Sitzung des Hauptausschusses mit dem Kreisausschuss Potsdam Mittelmark stattfindet bzw. ob es dazu bereits einen konkreten Termin gebe, verneint Herr Kümmel.

Im Weiteren nimmt Herr Dr. Scharfenberg Bezug auf die schriftliche Beantwortung der Anfrage, DS 11/SVV/0701, Bau eines Tierheimes durch den Potsdamer Tierschutzverein in Fahrland, in der ausgeführt werde, dass das Grundstück in der Marquardter Straße in Fahrland aus umweltschutzrechtlichen Gründen nicht für einen Tierheimstandort genutzt werden könne. Er meine, dass diese Aussage im Widerspruch zu den Ausführungen der Beigeordneten in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung stehe.

Frau Müller-Preinesberger entgegnet, dass das Grundstück nur bedingt und eingeschränkt für Bebauungen zur Verfügung steht, da es auf diesem Grundstück Biotop gebe, die „schwierig liegen“, außerdem sei die Erschließung und die Medienausstattung problematisch. Nach eigener Einschätzung würde das den notwendigen Anforderungen an so ein Grundstück nicht entsprechen. Dem Tierschutzverein sei ein Gespräch zu den Realisierungsbedingungen für Anfang November angeboten worden. Das Grundstück könne vom Tierschutzverein gekauft oder gepachtet werden, um es baulich zu verwerten und dort gegebenenfalls ein Gebäude zu errichten, wenn alle rechtlichen Voraussetzungen gegeben sind, was aber nicht zwangsläufig ein Tierheim im Sinne der Beauftragung seitens der Stadt bedeute – es werde jedoch keine Vorteilsgewährung für irgendjemanden geben.

Möglich wäre eine Tierpension, was dem Vereinszweck entspreche.

Frau Engel-Fürstberger meint, dass eine zweckgebundene Ausschreibung von Grundstücken derartige Situationen entzerren könnte und Herr Schüler fordert, die Aussagen bezüglich der eingeschränkten Nutzbarkeit des Grundstücks fundiert zu begründen.

Frau Müller-Preinesberger verweist in diesem Zusammenhang auf den Antrag mit der DS-Nr.: 11/SVV/0617, in dem sich die Stadtverordnetenversammlung dafür ausspricht, dass dem Tierschutzverein Potsdam ein Grundstück für den Bau eines neuen Tierheims zur Verfügung gestellt wird, was etwas irreführend sei. Eine Bereitstellung durch die Stadt könne es so nicht geben, deshalb sage sie, dass die Möglichkeiten zu klären sind und ein Verkauf ggf. mit einer Zweckbindung erfolgen könnte. Das sollte aber im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung noch einmal diskutiert und in vernünftige Bahnen gebracht werden. Herr Schultheiß fordert, die Chance jetzt zu nutzen und das Problem jetzt zu erledigen, und zwar ohne Kosten für die Stadt. Herr Heuer sieht die Verantwortung beim Tierschutzverein und spricht sich dafür aus, die Diskussion nicht für den Verein zu führen.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass es mit der Antragstellung der Fraktion DIE LINKE nicht um ein Geschenk gehe, sondern um eine Bereitstellung eines Grundstücks unter den regulären Bedingungen – das sehe der Tierschutzverein im Übrigen auch so.

Eine weitere Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg bezieht sich auf die Berichterstattung in der Presse, dass die Stadtverwaltung den Postauftrag neu verbehalte und damit die Hoffnung auf weitere Einsparungen verbinde. Er fragt, ob in diesem Zusammenhang das Vergabegesetz des Landes berücksichtigt wurde,

mit dem ein Mindestlohn von 8 Euro die Stunde festgeschrieben werde.  
Frau Krusemark wird die Beantwortung dieser Frage für die nächste Sitzung des  
Hauptausschusses vorbereiten lassen.

Abschließend informiert Herr Dr. Scharfenberg über den Antrag von mehr als  
einem Fünftel der Stadtverordneten auf Einberufung einer Sondersitzung der  
Stadtverordnetenversammlung, die der Vorsitzende nicht wie beantragt für den  
17. Oktober 2011, sondern für den 02.11.2011, 13:00 Uhr veranlassen wolle.  
Diese Auslegung der Kommunalverfassung habe er zur Prüfung an die  
Kommunalaufsicht gegeben.